



Barthle-Brief

Nr. 46

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

14.12.2007

Thema der Woche:

Mehr Arbeit, mehr Netto, mehr Sicherheit! CDU-Parteitag sendet klares Signal

Die letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages war für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion geprägt vom Grundsatzzprogramm und von den Beschlüssen des Bundesparteitages der CDU in Hannover. Der Bundesparteitag hat gezeigt: Die CDU ist die stabile Kraft der politischen Mitte. Wir stehen geschlossen zum Kurs unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel und der von ihr geführten Regierung. Dank dieser Geschlossenheit geht es den Menschen in Deutschland heute besser als noch vor zwei Jahren. CDU und CSU werden an diesem erfolgreichen Kurs festhalten.

Mit dem neuen Grundsatzzprogramm gibt die CDU Antworten auf die drängenden Fragen der Gegenwart für eine gute Zukunft unseres Landes. Anders als die Sozialdemokraten steht für uns keine Ideologie, sondern das christliche Menschenbild im Mittelpunkt. Für uns ist der Mensch der zur Freiheit berufene mündige Bürger, der keine staatliche Bevormundung braucht. Wir stehen für die Mitte. Für diejenigen, die jeden Tag zur Arbeit gehen, die Kinder erziehen und die mit ihren Steuern und Abgaben unseren Sozialstaat finanzieren. Dabei lassen wir natürlich diejenigen nicht im Stich, die keine Arbeit haben. Ihnen wollen wir ermöglichen, in die Mitte der Gesellschaft aufzusteigen, um nicht mehr auf Transferzahlungen angewiesen zu sein. Neueste Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung belegen, dass wir in Deutschland faktisch längst über ein flächendeckendes Kombilohn-Modell verfügen. Das Problem nicht-existenzsichernder Löhne ist für die Allermeisten nur ein Übergangsphänomen. Die meisten Menschen, die zusätzlich zu ihrem Erwerbseinkommen auch Leistungen nach SGB II erhalten („Aufstocker“), sind nur kurzfristig auf diese staatliche Unterstützung angewiesen. Von 2,14 Millionen „Aufstockern“ im Jahr

2005 bezogen nur 15 Prozent ganzjährig ALG II. 16 Prozent mussten ihr Gehalt nicht länger als einen Monat aufstocken, 34 Prozent nicht länger als vier Monate. Lediglich 3,2 Prozent der „Aufstocker“ waren durchgängig Vollzeitbeschäftigte. Überdies gelang es den meisten Vollzeitbeschäftigten schon nach kurzer Zeit, sich aus der Abhängigkeit von staatlichen Leistungen zu befreien. Nur 9 Prozent unter ihnen waren länger als 10 Monate auf zusätzliche SGB II-Leistungen angewiesen. Diese Zahlen zeigen: Die Gehaltsaufstockung subventioniert nicht dauerhaft niedrige Löhne, sondern baut wichtige Brücken in den ersten Arbeitsmarkt.

Die Debatte über Managementvergütungen wollen wir mit Augenmaß führen: Fälle von unternehmerischem Missmanagement und hohen Abfindungen sind immer wieder berechtigter Anlass zur Diskussion über die angemessene Höhe von Managementvergütungen. Zu Recht wird es als Missstand empfunden, wenn ein Manager, der nachweislich Unternehmenswert vernichtet hat, dafür auch noch mit einer fürstlichen Vergütung bedacht wird. Daraus lässt sich aber weder eine neue Neiddebatte noch der Ruf nach staatlichem Dirigismus ableiten. In Familienunternehmen entscheiden die Eigentümer selbst über die Entlohnung ihrer Spitzenangestellten. In Kapitalgesellschaften ist es Aufgabe des aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zusammengesetzten Aufsichtsrats, eine angemessene Vergütung sicherzustellen und maßlose Gehälter oder Abfindungen zu verhindern. Dieser Verantwortung müssen die Aufsichtsratsvertreter auch gerecht werden. Für die Eigentümer, also die Aktionäre, sind die im Aufsichtsrat getroffenen Regelungen nicht immer ausreichend transparent. Vielleicht müssen wir die Rolle der Eigentümer durch größere Transparenz stärken.

EU-Reformvertrag unterzeichnet

Am gestrigen Donnerstag unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der EU in Lissabon den Reformvertrag. Damit geht für die EU und ihre Mitgliedstaaten ein erfolgreiches Jubiläumsjahr zu Ende. Wir haben in der deutschen Ratspräsidentschaft wichtige Fortschritte anstoßen und umsetzen können, auf die wir mit Zufriedenheit zurückblicken. Die Arbeit der Bundesregierung in den Fachministerräten ist von allen Seiten hoch geschätzt worden. Im kommenden Jahr wollen wir den „Vertrag von Lissabon“ im Bundestag ratifizieren, weil wir wissen, dass er gleichermaßen gut für die EU und ihre Mitgliedstaaten ist: Der Vertrag macht die Institutionen der EU handlungsfähiger, schlanker und demokratischer. Mit dem Kompetenzkatalog werden die Zuständigkeiten besser abgegrenzt. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres werden an Bedeutung gewinnen. Außerdem wird die Stellung der nationalen Parlamente substanziell gestärkt. Die neuen Informationsrechte sowie die Möglichkeit, die Kommission zu rügen, wenn sie ihre Kompetenzen überschreitet, machen die nationalen Parlamente zu vollwertigen Akteuren in Angelegenheiten der EU. Diesen Spielraum werden wir ausschöpfen, um das Prinzip der Subsidiarität zu schützen. Jetzt braucht die EU eine Phase der inneren Konsolidierung – und künftig die Konzentration auf die Probleme, die die Mitgliedstaaten allein nicht lösen können.

Maßnahmen zur Bekämpfung von Kindesvernachlässigung

Der in dieser Woche beratene Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD „Gesundes Aufwachsen ermöglichen – Kinder besser schützen – Risikofamilien helfen“ enthält einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung von Kindesvernachlässigung. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Kinderschutz durch den Aufbau von Frühwarnsystemen und frühen Hilfen zu verbessern. Gesundheitsbezogene Leistungen, Jugendhilfeleistungen und zivilgesellschaftliches Engagement müssen verzahnt werden. Wir halten eine Stärkung sowohl des Schutzauftrages des Staates als auch der

Erziehungsverantwortung der Eltern für erforderlich.

Freistellung zur Pflege Angehöriger

Mit dem in dieser Woche in erster Lesung beratenen Pflege-Weiterentwicklungsgesetz wird die ambulante Pflege durch Einführung einer Pflegezeit für Angehörige gestärkt. Diese haben Anspruch auf Freistellung bis zu einer Dauer von sechs Monaten, wenn der Arbeitgeber in der Regel 15 oder mehr Beschäftigte hat. Für aktuelle Pflegefälle ist eine Arbeitsbefreiung von bis zu zehn Arbeitstagen vorgesehen. Zudem werden Demenzzranke zukünftig in der Pflegeversicherung besser gestellt. Gestärkt wird auch die Pflegeberatung. Dabei müssen wir im weiteren Gesetzgebungsverfahren dafür Sorge tragen, dass dabei keine starren bürokratischen Strukturen aufgebaut werden. Die erstmals seit Einführung der Pflegeversicherung vorgesehene Ausweitung der Leistungen wird finanziert durch einen Beitragsanstieg von 0,25 Prozent.

Wirtschaft blickt positiv auf 2008

Deutsche Unternehmen erwarten auch für das kommende Jahr eine gute Wirtschaftslage. Der ifo-Geschäftsklimaindex stieg im November von 103,9 auf 104,2 Punkte. Zuvor war dieses wichtige Konjunkturbarometer sechsmal in Folge gefallen. Die Trendumkehr ist vor allem der verbesserten Einschätzung der Geschäftslage geschuldet. In einer Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft gab ein Drittel der befragten Firmen an, für das kommende Jahr Neueinstellungen zu planen. Nur 15 Prozent rechnen mit Personalabbau. Knapp 40 Prozent der Firmen wollen zudem im kommenden Jahr mehr investieren als 2007. Geringere Investitionen als in diesem Jahr planen nur 16 Prozent. (Quelle: Ifo-Institut, Institut der deutschen Wirtschaft)

Allen Leserinnen und Lesern ein besinnliches und friedvolles Weihnachtsfest, viel Glück, Erfolg und Gottes Segen für das Jahr 2007!